



2000/16 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2000/16/bildet-klassen>

Demonstration gegen Bildungspolitik

Bildet Klassen!

Von **Peter Nowak**

Ihr Glaube an die Zuständigkeit der Institutionen prägte die große Demonstration der Berliner Schülerinnen und Lehrer: Der Bildungsstandort Deutschland soll gesichert werden - unter freundlicher Berücksichtigung der Schulen.

Etwas verloren stand das Häuflein Jugendlicher am Vormittag in der Leipziger Straße herum. Eigentlich wollten die Gymnasiasten die Senatsschulverwaltung belagern - sozusagen als Beitrag der Schülervvertretungen zum Berliner Lehrerstreik. Doch schien zunächst niemand zu wissen, wo deren Büros denn nun zu finden wären. Als sich erste Anzeichen von Langeweile breit machten und einige Schüler die unverhoffte Freizeit gar zum Shopping nutzten, betätigte ein der Schulpflicht bereits entwachsener Jugendfunktionär ein Megafon und eröffnete die Protestveranstaltung: »Hallo, liebe Schülerinnen und Schüler.«

Bevor der Marsch Richtung Alexanderplatz losgehen konnte, an dem sich letzte Woche 12 000 Berliner Lehrerinnen und rund 40 000 Schüler beteiligten, mussten aber noch die Parolen eingeübt werden: »Eins, zwei, drei, vier - für die Bildung kämpfen wir. Acht, neun, zehn - der Widerstand muss weitergehen.« Aufmunternde Worte steuerte auch ein Gemeinschaftskundelehrer bei. Die Schüler sollten nicht traurig sein, dass sie nur so wenige seien, rief er. Allein für ihre Teilnahme hätten sie sich schon 15 Punkte in Geschichte und Sozialkunde verdient.

Diesen Zuspruch konnten sie auch gebrauchen, denn viele Mitstreiter ließen sich für ihre Aktion nicht gewinnen. Der 16jährigen Kirsten vom Charles-Darwin-Gymnasium war schon nach der letzten Schülervollversammlung klar, dass die Aktion ein Flop wird. »Die Schüler sind heute nicht zu eigenständigem Engagement bereit und orientieren sich an dem, was die Lehrer machen«, klagte sie. Die Frage, ob es nicht auch eine politische Haltung sei, sich dem Unterricht einfach zu verweigern, statt für eine bessere Bildung und mehr Lehrer auf die Straße zu gehen, wollte Protestkoordinator Stefan Grenzer nicht gelten lassen. »Wenn der Unterricht wegen Lehrermangel ständig ausfällt, haben die Schüler allen Grund, sauer zu sein. Schließlich müssen wir ja nach 13 Schuljahren das Abitur machen und dafür auch ausgebildet sein.«

Inzwischen hatte man sich mit den Örtlichkeiten vertraut gemacht und locker um die Schulverwaltung herum gruppiert. Belagert jedoch wurde das Gebäude schon von einer Polizeikette. Die wollten auch gleich nach ihren Helmen greifen, als ein Sprecher ankündigte,

jetzt zu zeigen, wie gut man auf das Schulamt spucken könne. Zu spät, denn die Entwarnung folgte sofort: Es handelte sich nur um den Auftritt einer Feuerschluckerin. Doch der plötzlich einsetzende Applaus galt nicht ihr. Bejubelt wurde vielmehr die Verstärkung, die in Gestalt von einem Dutzend GEW-Lehrern anrückte. Ihr Anliegen trugen sie gleich doppelt vor sich her. So hatten alle die obligatorischen orangefarbenen Plastiktüten mit der Aufschrift »Wir streiken« übergestülpt. Und auf einem großen Schild stand groß »Warnstreik«.

»Wir wollen Euch abholen«, rief eine der Lehrerinnen. »Am Alexanderplatz ist schon der Bär los.« Dort sollte die große Demonstration zum Brandenburger Tor beginnen, zu der die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), unterstützt von Eltern- und Schülerverbänden, aufgerufen hatte. Entzündet hatte sich der Protest an der vom Berliner Senat geplanten Verlängerung der Lehrerarbeitszeit um eine Stunde. Dabei handelte es sich allerdings nur um den Auslöser: Die schlechte Ausstattung der Schulen als Folge der Sparpolitik im Bildungsbereich stand im Mittelpunkt der Demonstration.

Auf dem Alexanderplatz ähnelten sich Klagen und Beschwerden in Stil und Diktion. »Unsere Pauker streiken - wir unterstützen sie, weil es so nicht weitergehen kann«, gaben etwa die Schüler der Schöneberger Robert-Blum-Oberschule auf Handzetteln bekannt. Dramatischere Töne schlugen Schülerinnen eines anderen Gymnasiums auf ihrem Flyer an: »Unsere Zukunft wird weggekürzt und ausradiert«, klagten sie.

Das gesamte politische Spektrum der heutigen Jugendszene war auf dem Platz vertreten. »Geld für Bildung statt für Ausländer« stand auf einem Transparent, das eine Gruppe Kahlköpfiger trug. Mitglieder mehrerer Antifa-Jugendgruppen beäugten sie wütend, während sie Werbung für ihre Abteilung auf der Revolutionären 1. Mai-Demo machten. Natürlich fehlten auch die unvermeidlichen Linksruck-Aktivisten mit ihren Pappschildern nicht. Die Fahne der Schulgegner wurde von einer Handvoll Jungautonomer hochgehalten, die sich »Revolutionäre Kiffer« nennen. Als eine Lehrerin in anklagendem Ton die Zahl der ausgefallenen Schulstunden von der Bühne verlas, zogen sie sich mit ihrem frenetischen Beifall und ihren Bravo-Rufen den Zorn der Umstehenden zu.

Denn die Mehrheit der Anwesenden aller Altersstufen war für die Kritik an der Institution Schule nicht zu begeistern. Viel Lob und Anerkennung ernteten dagegen die Schülerinnen und Schüler, die mit Stiften und Schreibblock bewaffnet auf den Bänken vor dem Roten Rathaus Physik paukten. Selbst an die nötigen Geräte hatte man gedacht. Nach dem Sinn dieser Open-Air-Performance befragt, antwortete ganz selbstverständlich der Lehrer: »Streiken dürfen wir offiziell ja nicht. Deshalb machen wir den Unterricht hier draußen.«

Schon im Vorfeld der Aktion hatten die Berliner Schulbehörden und der Senat den Streikenden mit disziplinarrechtlichen Maßnahmen gedroht, die von einem Eintrag in die Personalakte, dem Ausspruch einer Rüge bis hin zur Halbierung eines Monatsgehältes hätten reichen können.

Doch besonders abschreckend schienen die Drohungen nicht zu wirken. Als Gesetzesbrecher wollten sich die Streikenden schon gar nicht bezeichnen lassen. »Wir haben schon seit Monaten mit Demonstrationen und Sternmärschen auf unser Anliegen aufmerksam zu machen versucht. Doch Bildungssenator Böger hat uns ignoriert. Da mussten wir einfach zu schärferen Maßnahmen greifen«, rechtfertigte sich ein GEW-Aktivist. Es gehe dabei nicht nur um eine Stunde Mehrarbeit, sondern um die Zukunft der Jugend und des Bildungsstandorts Berlin, versuchten GEW-Vertreter Vorwürfe der konservativen Medien zu entkräften. »Wenn der Senat

noch immer nicht auf uns hört, werden wir das nächste Mal mit noch mehr Demonstranten hier stehen«, machte eine Sprecherin ganz zum Schluss der Demonstration den noch Anwesenden Mut.

Am nächsten Tag dann verabschiedete der Berliner Senat die so heftig bekämpfte Arbeitszeitverlängerung für Lehrer um eine Stunde. Nichts gewesen also außer einem Eintrag in der Personalakte? Die Berliner Gewerkschafter sahen das anders: Mit der Einrichtung von 300 zusätzlichen Lehrerstellen, die Böger zeitgleich verkündete, habe der Senat doch auf die Proteste reagiert, hieß es. Jetzt sei eine Zusammenarbeit zur Sicherung der Berliner Schulen dringend nötig.

Wen so viel Kompromissbereitschaft kurz nach den starken Worten vom Vortag wundert, kennt die deutschen Gewerkschaften schlecht. Das Prozedere gehört zum Tarifikampf. Schließlich sind sich ja beide Seiten in einem einig: Es geht um die Stärkung des Bildungsstandortes Berlin. Auch der Mehrzahl der gegenwärtigen Jugend hat dagegen nichts einzuwenden.

* Was, Seneca junior schon vergessen? Oder nie gehabt? Da sieht man's! Also: Lang ist der Weg durchs Studieren, kurz und erfolgreich durch Beispiele.